Rathauschau

Mittwoch, 4. November 2009 Ausgabe 211

Inhaltsverzeichnis

Te	erminhinweise	2
Ві	ürgerangelegenheiten	4
Meldungen		5
>	Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 25	5
>	Statistisches Jahrbuch 2009	6
>	Fest zu 25 Jahre Münchner Stadtbibliothek und MVHS Bogenhausen	6
>	Filmabend "Scacco al Re" in der Stadtbiblitohek Gasteig	7
>	Zwiefachen-Tanzfest am 7. November	8
Antworten auf Stadtratsanfragen		9
>	Abschaffung des verwaltungsrechtlichen Widerspruchs in Bayern -	9
	Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München	9
A	nträge und Anfragen aus dem Stadtrat	15

Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 5. November, 13.30 Uhr,

Haus der Architektur, Großer Sitzungssaal, Waisenhausstraße 4

Professor Diplomingenieur Michael Braum, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Baureferentin Rosemarie Hingerl und Diplomingenieur Günther Hoffmann, Vizepräsident der Bayerischen Architektenkammer, informieren über die gemeinsame Veranstaltung "BAUKULTUR_VOR_ORT" in München: Wo verkehrt die Baukultur?", die am Beispiel aktueller Münchner Verkehrsprojekte erörtert, wie sich Verkehrsanlagen, -bauten und Hauptverkehrsstraßen wieder in das Netz öffentlicher Räume integrieren lassen. Anmeldung erbeten unter presse@bundesstiftung-baukultur.de

Im Anschluss führt von 14 bis 18.30 Uhr eine Bustour zu aktuellen Münchner Verkehrsprojekten. Am Beispiel des neuen Zentralen Omnibusbahnhofs möchte die Bundesstiftung Baukultur funktionale und gestalterische Ansprüche an große und komplexe innerstädtische Verkehrsbauwerke zur Diskussion stellen. Der Frage der Identität von Verkehrsbauwerken für die Gestalt der Stadt München geht die Stiftung an der Münchner Freiheit als einem Ort im ständigen Wandel nach und sie erörtert die Aufwertung von Stadtvierteln durch große Umbaumaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur am Beispiel des Petueltunnels und -parks. Anmeldung erforderlich unter presse@bundesstiftungbaukultur.de

Im Anschluss daran findet ab 19 Uhr im Haus der Architektur ein Podiumsgespräch über die baukulturelle Bedeutung öffentlicher Verkehrsräume statt. Nach einem Grußwort von Diplomingenieur Günther Hoffmann, Vizepräsident der Bayerische Architektenkammer und Vorträgen von Dr. Ingenieur Martin Haag, Verkehrsplaner an der Technischen Universität Kaiserslautern, Professor Architekt Diplomingenieur Roger Riewe, Grazer Architekt, und Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk diskutieren sie gemeinsam mit Baureferentin Rosemarie Hingerl und Gerhard Matzig (Süddeutsche Zeitung) anhand aktueller Mobilitäts- und Gestaltungskonzepte mögliche Strategien für zukunftsfähige und gleichzeitig alltagstaugliche öffentliche Verkehrsräume. Das Gespräch wird moderiert von Professor Diplomingenieur Michael Braum, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.

Weitere Infos unter www.bundesstiftung-baukultur.de

Wiederholung

Donnerstag, 5. November, 17 Uhr, Großer Sitzungssaal des Rathauses

Verleihung des Pettenkofer-Preises an Professor Dr. Stephan Urban, Universitätsklinikum Heidelberg: Es sprechen Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, und Professor Dr. Ralf Bartenschlager, Molekulare Virologie, Universität Heidelberg. Die Laudatio hält Professor Dr. Dr. Ulrich Koszinowski. Dieser Wissenschaftspreis, den es so in Deutschland nicht noch einmal gibt, wird alle zwei Jahre von der Münchner Pettenkofer-Stiftung für herausragende Leistungen auf den Gebieten der Hygiene, Krankheitsprävention und Infektionsmedizin verliehen. Das Thema der diesjährigen Preisvergabe lautet "Neue virale Zielstrukturen, neue antivirale Impfstoffe". Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld von 5.000 Euro verbunden, das von der Siemens AG gestiftet wird.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung

Donnerstag, 5. November, 18 Uhr, Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1

Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums, eröffnet die Ausstellung "Forum 018: Eva Bertram – 2 Ein Kind". **Achtung Redaktionen:** Pressevorbesichtigung am 5. November, 11 Uhr.

Samstag, 7. November, 19 Uhr, SchauBurg am Elisabethplatz

Stadträtin Dr. Ingrid Anker (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Galaabend der "kids4kids WorldFoundation". An diesem Abend werden die Arbeit der Stiftung und die von ihr geförderten Projekte vorgestellt.

Samstag, 7. November, Theaterzelt in Riem

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur neuen Gala "Stars in der Manege".

Montag, 9. November, 11.30 Uhr, Haus an der Rümannstraße, Rümannstraße 60 (ein Haus der Münchenstift GmbH)

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Mina Schenk im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Montag, 9. November, 18 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht den Erasmus-Grasser-Preis an fünf Münchner Ausbildungsbetriebe. Der Preis wurde 1993 auf Initiative des ehemaligen Referenten für Arbeit und Wirtschaft Dr. Reinhard Wieczorek ins Leben gerufen. Er wird 2009 zum 17. Mal vergeben. Ausgezeichnet werden Münchner Handwerkerinnen und Handwerker sowie Ausbildungsbetriebe, die sich um die Ausbildung besonders verdient gemacht haben.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 11. November, 19 Uhr, Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9

Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 11. November, 18.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomson.

Mittwoch, 11. November, 19.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1

Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 11. November, 17.30 bis 19 Uhr, BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 25

(4.11.2009) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 25 (Laim) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Dienstag, 17. November, 19 Uhr, in die Turnhalle der Grund- und Hauptschule, Fürstenrieder Straße 30, 80335 München, zu einer Bürgerversammlung des 25. Stadtbezirkes ein. Zu Beginn der Versammlung informieren Alexander Reissl, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtrat, und Josef Mögele Bezirksausschussvorsitzender, über den Stadtbezirk.

Die Leitung der Versammlung übernimmt der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Stadtrat, Alexander Reissl.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

- Nutzung bzw. weitere Entwicklung des Anwesens Fürstenrieder Straße
 (ehemaliges Kaufhaus Hertie)
- Nutzung bzw. weitere Entwicklung des Anwesens Fürstenrieder Straße
 (ehemaliges Kaufhaus Beck)
- 3. Auswirkung des Ausbaus des Mittleren Rings Südwest auf Laim
- 4. Planungen Kulturzentrum Hogenbergstraße
- 5. Bauliche Verdichtung in Laim
- 6. Sicherstellung der Kindergarten- und Hortversorgung in Laim
- 7. Planung ehem. Straßenbahndepot Zschokkestraße
- 8. Radverkehr in der Laimer Unterführung
- 9. Umweltverbundröhre

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23 und 25, Landsberger Straße 486, 81241 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßen-

verkehr, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele.

Statistisches Jahrbuch 2009

(4.11.2009) Das Statistische Jahrbuch der Landeshauptstadt München ist soeben erschienen. Es steht in der Kontinuität der Vorjahresausgaben und bietet auch in dem Jahrgang 2009 ein vielfältiges, aktuelles und zuverlässiges Datenangebot zu allen wichtigen kommunalen Themenbereichen. Angefangen bei A wie Abendschulen bis Z wie Zuzüge enthält das Buch Informationen zu ca. 600 Stichworten. Basisdaten zu den Münchner Stadtbezirken, zur Planungregion München und zum Land Bayern vervollständigen das Informationsangebot, welches sich in seiner übersichtlichen und lesefreundlichen Aufmachung sowohl an das Fachpublikum, wie auch an die breite Leserschaft richtet.

Das Statistische Jahrbuch 2009 ist zum Preis von 15 Euro (bei Versand zuzüglich Porto) bei folgenden Stellen zu beziehen: Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, Statistisches Auskunftsbüro (Zimmer 105), Schwanthaler Straße 68, 80336 München, Telefon 233-9 69 70, Telefax 2 33-2 49 56, www.muenchen.de/statamt, stat.amt@muenchen.de und bei der Stadt-Information im Rathaus.

Fest zu 25 Jahre Münchner Stadtbibliothek und MVHS Bogenhausen

(4.11.2009) Die Stadtbibliothek und die Münchner Volkshochschule (MVHS) Bogenhausen arbeiten seit 25 Jahren erfolgreich unter einem Dach am Rosenkavalierplatz 16. Die beiden Institutionen bieten für die Bürger in Bogenhausen und in den umliegenden Stadtteilen Bildung und Kultur und kooperieren hervorragend im Kunstforum Arabellapark. Das wird am Sonntag, 8. November, nonstop von 11 bis 20 Uhr unter dem Titel "Silver jubilee – yippieh!" mit den treuen und den neuen Kunden gefeiert. Die Stadtbibliothek Bogenhausen bietet vollen Service: Ausleihe, Prämienleserwerbung mit Anmeldung, Internetcafé, Bücherflohmarkt und Bastelund Gewinnaktionen für Kids und Teens. Die MVHS Bogenhausen hält an ihrem Infostand Informationen und Anmeldemöglichkeiten zum Semesterprogramm und zur Reihe "aperitif" bereit. "Thaifood" und "Kaffeewagerl" vom Bogenhausener Wochenmarkt sorgen zusammen mit "Vollcorner", dem Biomarkt aus Bogenhausen, für das leibliche Wohl.

Der neue Geschäftsleiter der Münchner Stadtbibliothek, Peter Becker, und der Managementdirektor der MVHS, Professor Dr. Klaus Meisel lassen um 11 Uhr die Geburtstags-Korken knallen und starten das Kulturfest. Bi-

bliotheksleiterin Petra Bischof und eine Vertretung des Ukrainischen Generalkonsulat eröffnen im Anschluss die Ausstellung des ukrainischen Künstlers Andrey Sidersky. Der Künstler begleitet seine eigene Vernissage mit orientalischer Yogamusik auf der großen Flöte. Im Saal laufen außerdem Dokumentarfilme des ukrainischen Multitalents und Yogastars Andrey Sidersky. Um 13 Uhr "kommt's Engelhard", wenn die Bogenhausener Kabarettistin Karin Engelhard mit Standup-Comedy zum Bibliotheksjubiläum gratuliert – hart aber herzlich. Ab 14 Uhr bringen die five blue men gute Laune und viel Musik auf die Bühne – funky, jazzy, poppig – und ein bisschen blue auf röhrendem Saxophon, swingenden Keyboards, rockender Gitarre, slappendem Bass und groovenden drums.

Auch für Kinder gibt es jede Menge Spaß und Action beim Kulturfest. Die Lesefüchse sind auch wieder dabei. Höhepunkt wird sicher der Auftritt von Clown Nina, die um 15 Uhr mit viel "Hokus Pokus Simsalabim" eine Zaubershow für Kinder ab vier Jahren präsentiert.

Das Urbane Theater unter der Leitung von Daniel Reinhard hat sich zum 20. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Ein Klangschirm lässt den ganzen Tag über Tonspuren aus den Tagen der friedlichen Revolution und den 40 vorhergehenden Jahren DDR-Geschichte hören. Um 16 Uhr inszeniert Daniel Reinhard dazu ein Performance.

Den ganzen Nachmittag über können Tanzwütige im Gymnastiksaal der Volkshochschule unter der Leitung von MVHS-Dozentin Gertrud Prem ihr Tanzbein zu Volkstänzen aus Ost- und Südeuropa schwingen. Die Gruppe "Gari Gari" spielen von 18 bis 20 Uhr zum Finale auf: mit Zigeunerweisen aus Ungarn, Rumänien, Russland und Italien entführt das Quintett nach Süd- und Osteuropa. Ihre fetzigen Rhythmen erzeugen ausgelassene Freude und Tanzlaune, ihre gefühlvollen Melodien in Moll tiefe Sehnsucht. Das Haus ist den ganzen Tag offen für alle, bei freiem Eintritt – wer schon mal dabei war, weiß: wer nicht kommt, versäumt viel.

Weitere Informationen unter www.muenchner-stadtbibliothek.de/bogen-hausen oder Telefon 9 28 78 10. Veranstalter sind die Münchner Stadtbibliothek und die Münchner Volkshochschule Bogenhausen am Rosenkavalierplatz 16, Telefon 92 87 81-0, stb.bogenhausen.kult@muenchen.de.

Filmabend "Scacco al Re" in der Stadtbiblitohek Gasteig

(4.11.2009) In Zusammenarbeit mit der Münchner Stadtbibliothek präsentiert die Münchner Initiative Un' altra Italia/Circolo Cento Fiori e.V. am Samstag, 7. November, um 11 Uhr im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, den Film "Scacco al Re: La cattura di Provengano, eine Doku-Fiction in italienischer Sprache (Italien 2007, 91

Minuten, Originalfassung) von Claudio Canepari, Piergiorgio Di Cara und Salvo Palazzolo.

Am 11. April 2006 wurde der seit 1963 gesuchte Mafiaboss Bernardo Provenzano in Corleone verhaftet. Der Film zeigt – kunstvoll und äußerst spannend montiert – bis dato unveröffentlichtes Originalrecherchematerial von Polizei und Presse. Acht Jahre lang haben Staatsanwälte, Amtsrichter, Sonderbeauftragte und viele Polizisten den letzten großen Cosa Nostra-Paten gesucht und verfolgt. Der Film dokumentiert den mühevollen Kampf der italienischen Behörden und der Justiz gegen die Mafia. Einleitung zum Film von Paolo Gatti. Anschließend findet ein Vortrag von Marinella Vicinanza-Ott statt.

Eintrittskarten zu 7 Euro sind bei München Ticket und an der Abendkasse erhältlich. Informationen zur Veranstaltungsreihe unter www.centofiori.de und www.rinascita.de.

Zwiefachen-Tanzfest am 7. November

(4.11.2009) Das Kulturreferat und die Schule für Bayerische Musik laden am Samstag, 7. November, um 19 Uhr im Saal des Alten Rathauses zum "Zwiefachen-Tanzfest" ein. Zum Tanz spielen die Regensburger Wirtshausmusik und die Aichacher Bauernmusi auf. Unter Leitung von Katharina und Wolfgang A. Mayer werden wieder bekannte und unbekannte einfachere Zwiefache sowie etwas schwierigere Verdrahte und Verflixte getanzt. Karten zu 10 Euro sind bei der Schule für Bayerische Musik, Mauerkirchnerstraße 52, in der Stadt-Information im Rathaus und an der Abendkasse erhältlich. Nähere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 4. November 2009

Abschaffung des verwaltungsrechtlichen Widerspruchs in Bayern – Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München

Anfrage Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei) vom 22.9.2009

Antwort Bürgermeisterin Christine Strobl:

In Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters, der sich derzeit auf Dienstreise befindet, beantworte ich Ihre Anfrage vom 22.09.2009 wie folgt:

In Ihrer Anfrage erkundigten Sie sich, welche Auswirkungen die Abschaffung des verwaltungsgerichtlichen Widerspruchsverfahrens durch den Landesgesetzgeber auf die Landeshauptstadt München hat.

Da die verwaltungsgerichtlichen Verfahren dezentral von den Abteilungen (überwiegend Rechtsabteilungen) in den einzelnen Referaten geführt werden, war es zur Beantwortung Ihrer Anfrage erforderlich, die Stellungnahme sämtlicher Referate einzuholen.

Aufgrund der eingegangenen Rückmeldungen der Referate können die von Ihnen gestellten Fragen im Einzelnen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

Konnten durch den Wegfall des Widerspruchs Einsparungen oder Entbürokratisierungen im Verwaltungsablauf erreicht werden?

Antwort:

Einsparungen konnten durch den Wegfall des Widerspruchsverfahrens in keinem Referat nachweisbar festgestellt werden. Die Betroffenheit der städtischen Referate ist jedoch unterschiedlich.

Von einigen Referaten konnten schon deshalb keine repräsentativen Aussagen zu den von Ihnen gestellten Fragen getroffen werden, da bei ihnen nur wenige verwaltungsgerichtliche Verfahren bzw. Widerspruchsverfahren angefallen sind.

Von anderen Referaten wurde darauf hingewiesen, dass im Ergebnis deshalb wenig Auswirkungen durch die Gesetzesänderungen erkennbar waren, weil in den von ihnen betreuten Rechtsgebieten (Kommunalabgabenrecht, Beamtenrecht, Schulrecht, Kinder- und Jugendhilferecht, Wohngeldrecht) weiterhin ein fakultatives Widerspruchsverfahren besteht, von dem in der Praxis auch Gebrauch gemacht wird. Die Fälle, in denen Betroffene, statt Widerspruch einzulegen, unmittelbar Klage erheben, sind in diesen Referaten verschwindend gering.

In einigen Rechtsbereichen, in denen das Widerspruchsverfahren weggefallen ist, wurde festgestellt, dass die Anzahl der Klagen gestiegen ist. Da Klageverfahren in der Regel aufwendiger sind als Widerspruchsverfahren und die inhaltliche Vorarbeit aus den Widerspruchsverfahren fehlt, ergibt sich trotz Wegfall der Widerspruchsverfahren per saldo keine feststellbare Einsparung.

Im Ergebnis dürften Einsparungen am ehesten bei den Stellen zu verzeichnen sein, die vor Wegfall des Widerspruchsverfahrens über die eingelegten Widersprüche zu entscheiden hatten (insbesondere die Regierung von Oberbayern).

Frage 2:

Wie hat sich die Zahl der Verwaltungsprozesse, an denen die Stadt München als Beklagte beteiligt war, entwickelt?

Frage 3:

Wie hat sich der Anteil der gewonnenen bzw. verlorenen Prozesse entwikkelt?

Antwort:

Die beiden Fragen können aufgrund der von der Rechtsabteilung des Direktoriums geführten Prozessstatistik wie folgt beantwortet werden:

Das Gesetz, mit dem das Widerspruchsverfahren in Bayern in vielen Rechtsbereichen abgeschafft wurde, trat zum 01. Juli 2007 in Kraft. Die Erhebung der statistischen Zahlen über die bei der Landeshauptstadt München geführten Gerichtsverfahren bezieht sich jeweils auf ein Kalenderjahr. Nachfolgend wird daher auf die Jahre 2006 und 2008 abgestellt.

Vorab ist darauf hinzuweisen, dass die jährlich bei der Stadt erhobenen Zahlen auf den endgültigen Verfahrensausgang und nicht auf die Klageerhebung abstellen. Wenn ein Verfahren in der zweiten Instanz beendet wird, dann wird in der Prozessstatistik nicht erfasst, welche von beiden Partei-

en die Klage in der ersten Instanz eingereicht hat. Aus diesem Grund wird für die Beantwortung der Fragen 2 und 3 nur auf die in erster Instanz endgültig abgeschlossenen Verwaltungsgerichtsverfahren abgestellt, da nur bei diesen anhand des vorhandenen Zahlenmaterials bekannt ist, ob die Stadt als Beklagte oder als Klägerin am Verfahren beteiligt war. In diesem Zusammenhang ist außerdem anzumerken, dass in den Zahlen für das Jahr 2008 sicherlich noch eine nicht unerhebliche Anzahl von Verfahren enthalten sein dürfte, die bereits vor dem 01. Juli 2007 anhängig geworden sind.

Im Jahr **2006** wurde 1.210 Verwaltungsgerichtsverfahren in der ersten Instanz beendet, bei denen die Stadt verklagt worden ist. Im Jahr **2008** handelte es sich um 1.232 Verfahren. Die Veränderung ist also mit unter 2 % sehr minimal.

Von den vorstehend genannten 1.210 Verfahren des Jahres **2006** wurden 80% vollständig und 13 % teilweise gewonnen, 7 % wurden vollständig verloren. Im Jahr **2008** wurden von den vorstehend genannten Gerichtsverfahren ebenfalls 80 % vollständig gewonnen. Nur bei der Quote von 9 % teilweise gewonnenen und 11 % vollständig verlorenen Verfahren gibt es eine geringfügige Veränderung.

Auch wenn auf Grund Ihrer Anfrage den vorstehenden Zahlen "nur" die erstinstanzlichen Verwaltungsprozesse, bei denen die Landeshauptstadt München Beklagte war, zugrunde liegen, so ist dennoch festzustellen, dass die Erfolgs- bzw. Verlustquote praktisch dieselbe ist wie bei der Gesamtstatistik, die alle Verfahren berücksichtigt.

Frage 4:

Welche Kosten, die durch den Kläger nicht zu erstatten oder nicht beitreibbar waren, sind durch gewonnene Prozesse entstanden?

Antwort:

Hierüber liegen bei den Referaten keine Daten vor. Die im Zusammenhang mit der Prozessführung intern durch Personal- und Sachmitteleinsatz entstehenden Kosten werden nicht gesondert erfasst. Zu berücksichtigen ist, dass durch Verwaltungsstreitsachen in der Regel große personelle Ressourcen beansprucht werden (Aktenstudium, Erstellung von Stellungnahmen zu anwaltlichen Schriftsätzen, Vertretung bei Gerichtsterminen).

Frage 5:

Welche Zeit verstrichen durchschnittlich zwischen Erlass des Verwaltungsakts und Fällung des erstinstanzlichen Urteils? Welche Zeit verstrich nach alter Rechtslage zwischen Erlass des Verwaltungsakts und Erlass des Widerspruchsbescheids?

Antwort:

Da die Laufzeiten der einzelnen Verfahren in sämtlichen Referaten nicht statistisch erfasst werden, kann zu dieser Frage keine Aussage getroffen werden.

Frage 6:

Werden Verwaltungsakte im Bewusstsein, dass sie nur noch gerichtlich angefochten werden können, vor Erlass nun eingehender geprüft oder aufwendiger vorbereitet?

Antwort:

Bescheide werden von den Referaten erst nach sorgfältiger Prüfung der Sach- und Rechtslage erlassen, allerdings ergibt sich durch den Wegfall des Widerspruchsverfahrens auch für die Behörde ein erhöhtes Prozessrisiko, da fehlerhafte Bescheide nicht im Rahmen eines für beide Seiten kostengünstigen Verfahrens erkannt und aufgehoben oder nachgebessert werden können.

Frage 7:

In einigen Kommunen hat sich ein "inoffizielles Widerspruchsverfahren" herausgebildet, in dem die Behörde zunächst dem Betroffenen einen "Entwurf" des beabsichtigten Bescheids zukommen lässt, um von ihm eine Stellungnahme zu erhalten und eventuelle Beschwerdepunkte zuvor abklären zu können, und damit ein Gerichtsverfahren möglichst vermeidet. Gehen einzelne städtische Behörden in ähnlicher Weise vor? Falls ja: Welche Kosten entstehen hierdurch?

Antwort:

Die vorherige Bekanntgabe eines Entwurfs wird in den städtischen Referaten nicht durchgeführt.

Im Übrigen ist vor Erlass eines Verwaltungsaktes verwaltungsverfahrensrechtlich die Anhörung der bzw. des Betroffenen verbindlich vorgeschrieben. In diesem Rahmen können etwaige Einwendungen oder Stellungnahmen gegen die beabsichtigte Verwaltungsentscheidung vorgebracht und vor Erlass des Bescheides berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein "inoffizielles Widerspruchsverfahren," sondern um einen seit jeher gesetzlich vorgeschriebenen Handlungsschritt im Verwaltungsverfahren.

Frage 8:

Welche Rolle spielen sonstige Rechtsbehelfe außerhalb der formellen Klage (z.B. Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes gemäß Art. 49 BY-VwVfG oder Gegenvorstellung) in der Verwaltungspraxis der Landeshauptstadt? Werden Bürger in strittigen Fällen oder auf Nachfrage auf diese Möglichkeiten hingewiesen?

Antwort:

Die in der Frage genannten Rechtsbehelfe spielen in der Praxis keine Rolle. Die Betroffenen werden in der dem Verwaltungsakt angehängten Rechtsbehelfsbelehrung auf die effektiven Rechtsschutz gewährleistenden Möglichkeiten hingewiesen. Unbeschadet dessen, werden vorgebrachte Beschwerdepunkte gegen einen Bescheid geprüft und gegebenenfalls durch Änderung oder Aufhebung eines Bescheids berücksichtigt. Teils geschieht dies im Rahmen der gerichtlichen Auseinandersetzung, teils aber auch außergerichtlich im Rahmen von Vergleichsverhandlungen. In dann verbleibenden strittigen Fällen kann eine gerichtliche Entscheidung meist nicht vermieden werden, eben weil unterschiedliche Rechtsauffassungen bestehen. Im übrigen werden inhaltliche Beschwerdepunkte unabhängig davon, in welcher Form sie vorgebracht werden, also z.B. auch bei telefonischer Beschwerde, ernst genommen und geprüft.

Problematisch ist, dass für eine behördliche Abhilfe aufgrund der kurzen Klagefrist von einem Monat häufig nicht ausreichend Zeit bleibt. Würde hier eine längere Abhilfefrist eingeräumt, könnten fristwahrende Klageerhebungen und die damit verbundenen Kosten vermieden werden. Auch eine Möglichkeit, die Klagefrist einvernehmlich zu verlängern, würde außergerichtlichen konsensorientierten Lösungen noch mehr Raum bieten.

Frage 9:

In einigen Bereichen ist der Widerspruch noch fakultativ möglich, Art. 15 Abs. 1 BY-AGVwGO. Der Betroffene kann nun jedoch auch unmittelbar Klage zum Verwaltungsgericht erheben.

Wie hoch ist der Anteil der Betroffenen, die statt Nutzung des Widerspruchsverfahrens direkt Klage erheben?

Antwort:

Siehe hierzu Ausführungen zu Frage 1.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 4. November 2009

Kürzung des Zivildienstes

Antrag Stadtrat Alexander Reissl (SPD)

Projekte der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München werden künftig im Sozialetat betreut

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Warum brechen die Stadtwerke die Umstellung des Fernwärme - Dampfnetzes auf Heißwasser ab?

Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)



SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion . Rathaus . 80313 München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus Alexander Reissl Stadtrat

München, 04.11.2009

Kürzung des Zivildienstes

ANTRAG

Der Stadtrat appelliert an den Bund, einen finanziellen Ausgleich für die zusätzlichen Kosten zu schaffen, die durch die geplante Kürzung des Zivildienstes von neun Monaten auf sechs Monate auf die Kostenträger, also auch auf die Gemeinden zukommen.

Begründung:

Die neue Bundesregierung will den Wehr- und somit auch den Zivildienst von neun auf sches Monate herabsetzen. Dies hat zur Konsequenz, dass erhebliche Kosten und Mehrbelastungen auf die Wohlfahrtsverbände, Rettungsorganisationen und freien Träger und somit auch auf deren Kostenträger zukommen. Die Ausbildung zum Rettungssanitäter beispielsweise nimmt einen Zeitrum von drei Monaten ein, wenn nun der Zivildienst lediglich sechs Monate dauert, lohnt sich die Investition der Ausbildung für die Verbände nicht mehr. Durch eine erneute Reduktion der Zivildienstdauer sehen viele Verbände kein adäquates Einsatzpotential mehr, im Rettungsdienst spricht man bereits von einem Ende für den Zivildienst. Dabei spielt nicht nur der personelle Faktor, sondern besonders der finanzielle Faktor, der somit auf die Kommunen abgewälzt wird, eine signifikante Rolle. Ein Zivildienstleistender kostet, gemäß Süddeutscher Zeitung jährlich etwa 6000 Euro, wobei eine niedrig qualifizierte Pflegehilfskraft schon das Sechsfache dieses Betrags in Anspruch nimmt. Diese Veränderung hat, wie weiter oben genannt, auch Auswirkungen auf die kommunale Finanzlage. Folglich entstehen für Städte und Landkreise unausweichliche Mehrkosten, da die Zuständigkeit für die Versorgung auf diese transferiert werden.

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass beim Bund der Aufwand für den Wehrdienst in der Bundeswehr abnimmt.

Aus diesem Grund wird der Bund aufgefordert, für diese Zusatzkosten einen finanziellen Ausgleich zu schaffen.

gez. Alexander Reissl Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München Tel.: 089-23392627, Fax: 089-23324599

E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de www.spd-rathaus-muenchen.de





Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus 80331 München Fraktion der CSU im Stadtrat der Landeshauptstadt München

80331 München Rathaus, Zimmer 249 / II Telefon 233 – 9 26 50 Telefax 2 91 37 65 csu-fraktion@muenchen.de

Stadtsparkasse München Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

Antrag 04.11.09

Projekte der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München werden künftig im Sozialetat betreut

Die bisher im Budget des Referates für Gesundheit und Umwelt verbuchten Projekte der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München werden künftig im Sozialetat betreut und bezuschusst

Begründung:

Im Rahmen einer Bekanntgabe informierte der Referent für Gesundheit und Umwelt den Stadtrat über die Verwendung der Agenda-21-Mittel. Unter anderem wurden 8 Projekte der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München mit insgesamt 24.700 Euro gefördert. Es handelt sich dabei um

- "Open.med Ehrenamtliche engagieren sich für Menschen ohne Krankenversicherung"
- "Tanz-Musik-Theaterwerkstatt"
- "Zuhören zwischen Generationen und Kulturen"
- "Trommelkurs Gemeinschaftswohnheim Landsbergerstraße"
- "Zeitbank"
- "Räume für künstlerisches Gestalten bei Machwerk e.V."
- "Brücken bauen heilpädagogische Tagesstätte für Hör- und Sprachgeschädigte"
- Unsichtbare Welten Begleitprogramm zum Ausstellungsprojekt über Migranten".

Bei den Haushaltsberatungen hat sich gezeigt, dass diese Maßnahmen einen überwiegend gesellschaftlich-sozialen Charakter haben. Daher gehören Sie nicht ins Budget des Referates für Umwelt und Gesundheit, sondern sollen im Haushalt des Sozialreferates geführt werden.

Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag 04.11.09

Warum brechen die Stadtwerke die Umstellung des Fernwärme - Dampfnetzes auf Heißwasser ab?

Der Oberbürgermeister als Vertreter des Gesellschafters der SWM wird beauftragt, die Stadtwerke zu veranlassen, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit folgendes darzustellen:

- 1. Welche konkreten Gesetze und Förderinitiativen haben sich dergestalt verändert, dass eine Fortsetzung der Umstellung der Fernwärme auf Heißwasser nicht mehr möglich ist? Welche übergreifenden Netzplanungen sind vorgesehen?
- 2. Welche Projekterfahrungen erzwingen einen Abbruch der Umstellung auf Heißwasser? Könnte es unter anderem damit zusammenhängen, dass die Temperaturen des Rücklaufs im Heißwassernetz nach wie vor zu hoch sind?
- 3. Wie hoch war die bisherige Investitionen für die Umstellung (dreistelliger Millionenbetrag?) tatsächlich und welcher Betrag war für den Zeitraum ab 2012 geplant?
- 4. Dem Vernehmen nach waren nach Anschluss an das Heißwassernetz in einer Vielzahl von Heizzentralen nicht vorhergesehene technische Nachbesserungen erforderlich, für welche die SWM die Kosten zu tragen hatten. Ist auch dieses eine Ursache für den Abbruch der Umstellung?
- 5. Erzwingt die geplante sehr hohe Investition von 9 Mio. € für den Biostrom die Einstellung des Projektes in der Fernwärme?
- 6. Wie sind aus heutiger Sicht die Argumente für die Umstellung auf Heißwasser zu bewerten?
- 7. Welcher Anteil des Fernwärmenetzes in der Landeshauptstadt soll bis 2012 umgestellt sein? Sollte tatsächlich eine Unterbrechung und nicht ein Abbruch geplant sein, wann ist mit einer Wiederaufnahme der Umstellung zu rechnen?
- 8. Welche Auswirkungen auf den **Fernwärmepreis** ergeben sich aus dem Bestehen zweier unterschiedlicher Fernwärmenetze? Auch mit Blick auf die angenommenen höheren Wärmeverluste bei den Dampfnetzen?

Begründung:

Seit 2002 haben die SWM mit der Umstellung des Fernwärme - Dampfnetzes auf Heißwasser begonnen. Eine Vielzahl von Baustellen im Innenstadt - Straßennetz zeugten von dieser aufwändigen Baumaßnahme. Die unterirdisch verlegten Dampfleitungen mussten durch Heißwasserleitungen ausgetauscht und die Abnahmestationen in den Heizkellern weitestgehend erneuert werden. Die Begründung für den notwendigen Austausch war ein höherer Wärmeverlust bei den Dampfnetzen als bei Warmwasser und eine Verringerung des Ausstoßes von CO².

Umso verwunderlicher, dass in einem Schreiben vom 26.10.2009 die Werke nunmehr mitteilen, ab 2012 keine Umstellungen mehr vorzunehmen. Die bis 2012 noch nicht umgestellten Fernwärmeanlagen werden weiter mit Dampf betrieben. Begründet wird diese überraschende Kehrtwendung mit einer "energiepolitischen Entwicklung in Deutschland, welche durch zahlreiche Gesetze und Förderinitiativen in den letzten Jahren drastisch verändert wurde". Die veränderte Lage brächte es mit sich, dass die SWM den weiteren Projektablauf mit den sonstigen Planungen für die Ertüchtigung der anderen Versorgungsnetze synchronisieren müssten. Was immer das auch bedeuten mag.

Ein Projekt, in welches nach eigenen Angaben, die SWM bislang einen dreistelliger Millionenbetrag investierten, wird plötzlich sang - und klanglos beerdigt. Die Begründungen dafür sind eher sibyllinisch und schwer nachvollziehbar.

Marian Offman, Stadtrat